

der Schulpflege. Da solche den Buchhändlerkommissionären bekannt war, sendeten diese gerne Werke an ihn, mit der Bitte, sie bei der Berliner Schulpflege in Umlauf zu setzen. Solchen Bitten wurde fast immer entsprochen, mochte es sich um Meister Schindberchannes' neueste Novitäten, um Prachtwerke für 'vaterländische' Geschichte, oder um andere Druckschriften handeln. Freilich nicht alle Bücher erhielten diese Auszeichnung. Erst kam die Prüfung. Nun kann man billig nicht verlangen, daß alle Bücher von Anfang bis Ende durch die langweilige Art philistischer Leserei auf ihren Inhalt geprüft würden. Längst vor Erfindung der Röntgenstrahlen-Entdeckung war Berlins Sicherheitshort im Stande, mit einem Blick auf den Namen des Verfassers und des Verlegers den Inhalt zu durchleuchten. Der 'Frankf. Tagespost' ist durch Zufall der Erfolg polizeipräsidialer Zensur gegenüber dem 'Volkserzähler' von Bismarck in die Hände gefallen. Ein Kommissionsrat hatte in gleicher Weise wie andere Druckchriften im März 1894 das erste Heft des 'Volkserzählers' dem Polizeipräsidenten überreicht. Am 12. Mai 1894 wurde daraufhin für ihn folgende Antwort entworfen:

Auf das gef. Schreiben vom 9. März d. J. gereicht Ihnen zum Bedauern, daß ich es ablehnen muß, das anliegende erste Heft des 'Volkserzählers', das von einem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten herausgegeben wird und in einem bekannten sozialdemokratischen Verlage erscheint, bei den Beamten der hiesigen Schulpflege in Umlauf zu legen.

Da Ihnen die Parteilichkeit des Herausgebers bzw. Verlegers nicht unbekannt sein konnte, so kann ich nicht umhin, Ihnen mein Bestreben darüber auszusprechen, daß Sie mit einem solchen Ansuchen an mich heranzutreten sind, und nehme hieraus Veranlassung, mich Ihren Gesuchen gegenüber, denen ich bisher bereitwillig entsprochen habe, in Zukunft ablehnend zu verhalten.

Berlin, den 12. Mai 1894.  
Der Polizei-Präsident:  
Freiherr von Nitzsch.

Schade, bemerkt die 'Tagespost', daß Freiherr v. Nitzsch bereits verstorben ist und daß wir erst jetzt von diesem Benennungsklein erfahren. Wenn hätten wir ihn sonst um Mitteilung der Methode erjacht, aus dem Namen des Verfassers und Verlegers auf den Inhalt eines Buches zu schließen.

Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Die zweite öffentliche Generalversammlung am Dienstag war von etwa 6000 Personen besucht. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Stephan-Beuthen erhielt der Weihbischof Dr. Schmitz-Köln das Wort zu folgender Ansprache:

Wenn ich diesen Saal überblicke, kommt mir der Gedanke: Wir sind gewachsen! Wir sind gewachsen an Zahl, wir sind auch gewachsen an Festigkeit. Früher präsidierte man den Bischof, der fest zum Papste stand, heute steht der geringste Arbeiter zum hl. Vater in Rom, der sich als sozialer Papst des geringsten Arbeiters annimmt. (Stürmischer Beifall.) Wir sind auch gewachsen in Einigkeit. Wir sind einig bis in die letzten Konsequenzen unseres Programms und in der Art seiner Vertretung. Wir sind auch gewachsen an gegenseitiger Liebe. Wir sind katholisch und haben uns wie Brüder lieb. Wir sind gewachsen vor allem an Bedeutung. In den weiten Kreisen der vernünftigen akatholischen Bevölkerung achtet, ehrt und rechnet man mit uns. Die Presse beachtet uns, im Parlament hört man auf die Worte unserer Vertreter in Parlament, die Staatsregierung zieht bei wichtigen Entscheidungen die Stellung des Zentrums in den Kreis ihrer Entscheidungen. Wir stehen also mitten im öffentlichen Leben Deutschlands, wir waren klein und sind groß geworden. Das ist nicht von ungefähr gekommen. Es sind vor allem die politischen und sozialen Bestrebungen und Arbeiten der Führer des Katholizismus gewesen, die dazu beigetragen haben. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Anträge, die von uns eingebracht wurden, haben zu dem segensreichen Erlolge der Arbeiterkutschengesetzgebung geführt, mit der Deutschland den Ehrenplatz unter allen Völkern der Erde einnimmt. Die Verdienste der Katholiken um das Zustandekommen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches sind allseitig anerkannt. Wenn endlich die Wehrkraft entsprechend den wachsenden politischen und Sonderinteressen unseres Vaterlandes durch das Zentrum gefördert und ausgebaut worden ist, so sind wir wohl berechtigt, unser Gewicht mit in die Waagschale zu legen. Wir stehen mitfühlend, mitleidend und mitbestimmend im öffentlichen Leben. Nachdem der Kampf, den man Jahrzehntlang gegen uns geführt, aufgehört hat, taucht die bedenkliche Ansicht auf, daß die Organisation der Katholiken überflüssig sei. Ganz abgesehen von der Unflughet, gegenüber künftigen Angriffen, für die an verschiedenen Stellen noch immer Absichten vorhanden sind, eine selbstgegründete Organisation aufzugeben, würden wir damit auf die fernere Mitwirkung an der Reorganisation der Gesellschaft verzichten. Unsere Pflicht ist aber, nach wie vor mitzuwirken, damit unsere Grundzüge im staatlichen und gesellschaftlichen Leben maßgebend werden. Wenn man heute unsere geistige Befähigung in Zweifel zieht und sich sogar zu der Naztheit versteigt, an unseren Schädeln pathologische Studien vornehmen zu wollen, über unsere wissenschaftlichen Leistungen ein abschreckendes Urteil fällt, so sagen wir, diese Beleidigungen sollen auf ihre Urheber zurück. Der Glaube tangiert unsere geistigen Fähigkeiten nicht. Ein Hindernis hat tren seinen Rosenkranz gebetet, ein Wallinderodt ging alle acht Tage zur Beichte, und beide sind doch große, geistig bedeutende Männer gewesen. Wer katholisch ist, ist darum noch lange nicht dumm. (Anhaltender Beifall.) Man hat auch unser Interesse für das Deutsche Reich und unsere Vaterlandsliebe in Zweifel gezogen. Man fürchtet, indem man von sich auf andere schließt, daß diejenigen, welchen man Fesseln angelegt hat, rebellisch werden könnten, und diese Furcht führt zu der Anlegung neuer Fesseln. Wir leiden nicht an einem unüberwindlichen Bedürfnis zum Hassen im Leben und im Sterben, wir verstehen uns nicht darauf, Monumente großen Jorns im Deutschen Reich zu errichten. Angesichts unserer Leistungen und unserer gesteigerten Stellung dürfen wir wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß endlich die Reste von Bekennungen bei denjenigen Leuten schwinden, die über katholische Dinge zu befinden haben. Wir dürfen angesichts dieser Leistungen sogar der Hoffnung Ausdruck geben, daß endlich die minutiöse Statistik über die Zahl der weiblichen Ordensmitglieder in den Klöstern und die eingehenden Forschungen über ihre Tätigkeit, die umständliche Voruntersuchung bei der Zulassung von Kaplanen zum Religionsunterricht, alles Dinge, die an die Tätigkeit einer Spinne erinnern, welche in den Sälen großer Diplomaten fliegen läßt, aufhören werden. Wenn wir katholischen Mitbürger unseres Vaterlandes auf dem Weltkongress in Rom mit den Nationen der ganzen Welt zusammenkommen, und alle diese Nationen die Gäste ihres Vaterlandes heißen, dann erfüllt es uns mit Wehmut, wenn sich in der Versammlung, die unseren hervorragenden Leistungen auf politischem und gesellschaftlichem Gebiete von allen Nationen gegolte wird, ein Befremden darüber einstellt, daß wir Katholiken in Deutschland noch mit Ausnahmemaßregeln behandelt werden. Wir vertrauen es nicht, daß der Engländer sich rühmt,

die Parität für seine Katholiken zu besitzen, die wir vergeblich anstreben, wir vertrauen es nicht, daß der Amerikaner eine weit größere Freiheit für seine Schule besitzt, als wir, wir vertrauen es nicht, daß der Holländer die Freiheit seines Klosterlebens lobt und topfchüttelnd die Nachricht liest, daß 'inderraubenden' Bienen und Jesuiten der Eintritt in das deutsche Reich verboten ist. Nationaler Stolz und katholischer Bewußtsein vereinigen sich, um unsere Forderungen zur Durchführung zu bringen. Das neunzehnte Jahrhundert hat erzählt von einer Gesellschaft, die das Christentum gelentget hat, das zwanzigste Jahrhundert soll erzählen von einer Gesellschaft, die durch das Christentum gerettet worden ist. An uns ist es, diesen schönsten Triumph mitzufeiern. Möge das katholische Volk jene geheiligte Liebe besitzen, welche den Bestand giebt für Kirche und Vaterland! (Minutenlanges, großer Beifall.)

Sodann sprach Professor Dr. Schroers-Bonn über die christliche Kunst, ihre Entwicklung, Hindernisse und Förderung. Es folgte dann eine Ansprache des Reichstagsabgeordneten, Oberlandesgerichtsrats Koerer-Köln über das Thema: 'Die Universalität der katholischen Kirche und die nationale Frage mit besonderer Berücksichtigung der römischen Frage'. Der letzte Redner des Abends war der Reichs- und Landtagsabgeordnete, Landgerichtsrat Gröber-Heilbronn, der über 'Die Staatskunst der Katholiken Deutschlands' sprach.

Der katholische Volksverein hielt anlässlich des Katholikentages seine Generalversammlung in Krefeld ab. Generalsekretär Dr. Pieper-W. Glabbach erstattete den Jahresbericht. Daran ging hervor, daß der Verein heute 180335 Mitglieder zählt. In seiner achtjährigen Tätigkeit habe der Verein 21 Millionen 'soziale Schriften' verbreitet und 8000 Versammlungen in Stadt und Land abgehalten. Seine Haupttätigkeit sei der Fortführung der ins Stocken geratenen Sozialreform und der Abwehr der Sozialdemokratie gewidmet. Der Verein zählte 300 Bezirksleiter und 7 bis 9000 Vertrauensmänner in ganz Deutschland. Im letzten Jahre wurden 600 Volks-Versammlungen durch den Verein veranstaltet, besonders in Württemberg. Druckschriften wurden 2 1/2 Millionen verteilt, darunter 1 1/2 Millionen sozialpolitischer Flugblätter, deren es 16 verschiedene giebt. An 250 Zeitungen wurden Artikel sozialpolitischer Inhalts gesandt. 1779 sozialwissenschaftliche Bücher wurden aus der Vereinsbibliothek verliehen. Im ganzen wurden bis jetzt durch den Verein 25 Volksbüros gegründet. Jungen Theologen, die Nationalökonomie studieren, wurden Stipendien verliehen. Der Redner war aber der Ansicht, daß noch viel mehr geschehen müsse. — Die Rechnungsablage ergab eine Einnahme von 150769 M. und eine Ausgabe von 112183 M.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten betrat Abg. Dr. Karl Bachem die Rednertribüne. Er bemerkte, daß der Volksverein der 'wichtigste katholische Verein' sei. Es sei deshalb Pflicht jedes Katholiken, diesem Verein beizutreten. Daß im vorigen Jahre der Vereinnahme um 1000 Mann zugenommen habe, sei zu wenig. Das sei nur ein Bataillon, während die Sozialdemokratie in demselben Zeitraum um ein Armee korps zugenommen habe. Die sozialdemokratische Gefahr solle nicht unterschätzt werden. Wenn jeder seine Pflicht thue, werde das Kreuz liegen. Aber es sei der größte Fehler, den man begehen könne, wenn man die sozialdemokratische Gefahr unterschätze. Auch auf protestantischem Gebiete gebe es wacker Leute, die gegen die Sozialdemokratie arbeiten. Aber der Hauptfeind der Sozialdemokratie sei der Katholizismus. Wenn Singer gesagt habe, wir wollten nicht eher ruhen, bis auf allen Kirchen die rote Fahne weht, demgegenüber sage das Zentrum, wir wollten nicht eher ruhen, bis nicht nur auf allen Kirchen, sondern auch auf allen Rathäusern, allen Fabriken und auf der Hütte eines jeden Arbeiters das Kreuz erstrahle. Es folgte dann eine Rede, welche den Arbeitern, Handwerkern, Kaufleuten die 'Sozialpolitik' des Zentrums mündgerecht zu machen suchte.

Kapuzinerpater Benno Kuracher behandelte die 'ideale Seite' des Volksvereins auf der Grundlage des Gedankens, daß auch in dem Bestreben um die Hebung der materiellen Existenz eine große Idee liege. Der Redner schloß mit einer Empfehlung des Volksvereins, dem jeder Katholik angehören solle.

Die Herren vom Zentrum sind in letzter Zeit sehr verschämlich geworden. Auch ihr Ständlein wird bald schlagen — dafür wird die Sozialdemokratie schon sorgen!

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich eine Frau vor der 1. Ferien-Strafkammer am Landgericht II in Berlin zu verantworten. Die Näherin Frau Hedwig Bape geb. Kruger aus Berlin wohnte im vorigen Jahre in Reinickendorf und hatte sich alsbald mit ihren Nachbarinnen so intim befreundet, daß sie es gar nicht mehr nötig zu haben glaubte, ihrer Junge Jügel anzulegen. Die Freundschaft ging aber alsbald in die Brüche, wäsende Feindschaft trat an deren Stelle. Am 21. November stand Frau Bape mit einem Schrupper in der Hand auf der Treppe, im Begriff, dieselbe zu schmeißen, als ein Fräulein Grabow vorüber kam, die zu den früher freundschaftlichen, jetzt feindschaftlichen Nachbarn gehörte. Frau Bape beschimpfte dieselbe und schlug sie mit dem Schrupper über den Kopf. Blutend lief Fräulein Grabow zu einer anderen Nachbarin und klagte dieser ihr Leid. Die ganze Nachbarschaft wurde darüber aufgebracht und nun erinnerte man sich, daß Frau Bape im Laufe einer recht intimen Unterhaltung schwere Beleidigungen gegen das kaiserliche Ehepaar ausgesprochen hatte. Mit der Anzeige wegen Beleidigung und Körperverletzung wurde nun auch die wegen Majestätsbeleidigung verbunden. Durch eine sehr umfangreiche Beweisaufnahme gewann der Gerichtshof die Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten bezüglich aller drei Delikte und erkannte wegen der Schwere der Majestätsbeleidigung auf z e h n M o n a t e G e l ä n g n i s. — Eine eigentümliche Majestätsbeleidigungs-Affaire kam vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Der Fabrikarbeiter E. Grundwald aus Altendörbe kam im Februar d. J. in die Werkstatt von Rich. Haarman aus Altendörbe. Aus einem Gespräch über Sozialdemokratie und Wahlen, wobei Haarman erklärt, seinen Saal zu sozialdemokratischen Versammlungen nicht herzugeben, entwickelt sich ein allgemeines politisches Gespräch, bei welchem E. eine auf die klärl. Reden bezügliche Aeußerung macht, die man auf den Kaiser beziehen konnte. Darauf geht der Wirt hin und denunzierte den jungen Mann wegen Majestätsbeleidigung. Inzwischen muß diese von vornherein mindestens sehr zweifelhaft gewesen sein, denn der Richter in Haspe verfügte nach der Vernehmung des E. dessen Entlassung. Die Strafkammer in Hagen findet in dem Geogien keine Beleidigung und spricht den Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft in Hagen legt Revision ein und das Reichsgericht giebt die Sache zur nochmaligen Verhandlung nach Hagen. Darauf wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Denunziant Wirt Richard Haarman in Altendörbe hat Hagen fungierte schon einmal als Zeuge in einer Majestätsbeleidigungsklage, damals wurde der Angeklagte freigesprochen.

## Nachrichten aus dem Auslande.

**Aus Italien.** Der Belagerungszustand wird in Florenz am 27. August in Mailand am 3. September aufgehoben werden. Das Kriegsgericht von Mailand verurteilte mehrere Eisenbahnbeamte wegen Streifpropaganda zu je zwei Jahren Kerker.

**Österreich** erichien gestern vor dem Untersuchungsgerichte, das in der Kaserne Chateaubun in Paris zusammengetreten war: General Florentin führte den Vorsitz. Als Zeugen wurden der Oberst des 74. Infanterieregiments und General Pellieux vernommen. Das Urteil des Gerichts wurde dem General zurückerwidert, der es Cabanac mitteilte. Letzterer wird heute oder Freitag seine Entscheidung treffen.

**Ergebniswahl in England.** London, 24. August. Bei der Erziehung für das Unterhaus, welche durch die Ernennung Cursons zum Bizekönig von Indien in Southport nötig geworden war, siegte der Radikale Sir Naylor England mit einer Mehrzahl von 272 Stimmen über den Konservativen Lord Stelmerebale.

**Nach dem Kriege.** Der spanische Kriegsminister Cosca erklärte auf eine Anfrage, welche Instruktionen dem General Blanco hinsichtlich der Bekämpfung der Aufständischen erteilt worden seien, er, der Minister, habe die Generalkapitäne auf Cuba und den Philippinen nur angewiesen, sich mit den Amerikanern ins Einvernehmen zu setzen. Wenn es aber den Amerikanern nicht gelänge, die Aufständischen dahin zu bringen, Achtung vor dem Waffenstillstand zu haben, so müßten die Generalkapitäne jeden Angriff auf die spanischen Truppen im Waffengewalt zurückweisen.

London, 24. August. Das Kaiserliche Bureau melde aus Manila: Die Führer der Aufständischen erklärten nicht brüchlich, sie seien willens, mit den Amerikanern zusammenzugehen und würden sofort die Waffen niederlegen, wenn sie Gewißheit hätten, daß die Philippinen amerikanische oder britische Kolonie oder Schutzgebiet werden. Andernfalls würden sie sich durchaus weigern, die Waffen niederzulegen und würden einen neuen Aufstand innerhalb eines Monats erregen, wenn die Amerikaner sich zurückziehen sollten. Die Spanier scheuen sich, in neue Unternehmungen sich einzulassen wegen der Unsicherheit der Lage. Die geistlichen Orden schürten den Widerstand gegen jede Aenderung des alten Regimes.

General Rios, der Gouverneur der Bilayas-Inseln, berichtet über neue blutige Kämpfe mit den Insurgenten, von denen 500 getötet oder verwundet worden seien; die Verlierer der Spanier seien geringfügig. General Rios habe aus Eingeborenen und Spaniern 6 Bataillone gebildet, welche einen Einfall der Aufständischen von Luzon her verhindern sollen; auch habe er ein kleines Weidwader gebildet zur Ueberwachung der Küsten und der Flugmündungen.

Der Dampfer 'Alicante' mit den ersten aus Santiago in die Heimat zurückgegangenen spanischen Soldaten an Bord in Corunna eingetroffen. An der Landungsstelle erwarteten denselben eine große Volksmenge und die Hülfs- und Militärbehörden. Die Menge wurde an dem Betreten des Schiffes gehindert, weil man die Möglichkeit der Ansteckung durch Fiebererkrankte fürchtete. Einige der Kranken werden sogleich ins Lazarett gebracht und unter Quarantäne gehalten werden, andere gehen auf 5 Tage an Bord der Hospitalsschiffe, den Insulanen wird der Eintritt in die Stadt gewährt.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Buchbinder!** Die Buchbinder der Firma Kummer und Komp., Aktiengesellschaft, Niederseßlich, haben die Arbeit niedergelegt.

Der Holzarbeiterverband hat durch die neuen Bestimmungen des Vereinsgesetzes veranlaßt, daß die Einzelmitgliedschaft in Dresden beseitigt und selbstgeleitete Gruppen mit selbständiger Verwaltung eingesetzt werden. Zu der Zeit noch bestehenden Lokalvereinen der einzelnen Berufsgruppen des Verbandes wurde empfohlen, sich aufzulösen. An ihrer Stelle sollen Berufssektionen des Verbandes treten, um so die Agitation in den einzelnen Berufen in engerer Fühlung mit dem Verbande und für diesen betreiben zu können.

**Aus England** wird uns unterm 21. August geschrieben: Die Lohnbewegung der englischen Bergarbeiter beschäftigt die Presse im höchsten Grade. Sie weist darauf hin, daß durch eine etwaige Arbeitseinstellung die jetzt blühende Industrie gefährdet sei. Durch den Ausbruch in Wales haben die Bergarbeiter in Schottland große Vorteile errungen. Ein vorrige Woche erhielten sie eine Lohnerhöhung von 30 Pro. pro Schicht. Seit dem Ausbruch des Streiks in Wales haben sie im ganzen einen Lohnzuschlag von 1 M. 50 Pf. die Schicht erhalten. Sie bekommen jetzt einen höheren Lohn als die Kollegen in irgend einer Grafschaft in England. Vor einiger Zeit stellte auch die Bergarbeiter-Föderation von Großbritannien an die Grubenbesitzer die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Prozent. Darauf wurde eine Versammlung der Grubenbesitzer und Vertreter der Arbeiter in London abgehalten. Auf dieser Versammlung wurde eine Einigung nicht erzielt und die Grubenbesitzer unterbreiteten den Vertretern der Arbeiter eine einzige Vorlage, die sie den Mitgliedern der Föderation zur Abstimmung vorlegen sollten. Diese Vorlage lautete:

1. Vom 1. Oktober 1898 ab tritt eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Prozent ein, welche bis zum 1. Januar 1899 in Kraft bleibt.
2. Daß für eine Periode von zwei Jahren, vom 1. Januar 1899 ab, der Lohn nicht unter 30 Pro. des Lohnsatzes von 1888 sinken und nicht über 45 Pro. des Lohnsatzes von 1888 steigen soll.
3. Daß vom 1. Januar 1899 bis zum 1. Januar 1900 der Lohn durch ein Schiedsgericht innerhalb der oben genannten Grenze bestimmt werden soll.
4. Daß das zu schaffende Schiedsgericht in dem Rahmen gebildet wird, wie das Schiedsgericht unter Lord Rosebery Bestimmung 1893.

Diese Vorläge wurden dann den Mitgliedern zur Erwägung und Abstimmung unterbreitet. Daß die Arbeiter unter den jetzigen guten Verhältnissen mit einer Zulage von 2 1/2 Prozent zufrieden sein würden, war vorauszusetzen. Aber die 'Führer', die wahrscheinlich vor einem allgemeinen Aufstand zurückzudenken, verließen ihr möglichstes, die Arbeiter zu bestimmen, zu Gunsten der Vorläge ihre Stimme abzugeben. Nur in zwei oder drei Grafschaften sprachen die Führer sich gegen dieselben öffentlich aus.

Um über das eingelaufene Resultat der Abstimmung Beschlus zu fassen, wurde am 19. und 20. August in Birmingham eine Delegiertenversammlung abgehalten. Auf der Konferenz waren 41 Delegierte anwesend, welche folgende Distrikte repräsentierten: Northshire mit 72 182, Lancashire mit 50 000, Mittelengland mit 45 000, Derbyshire mit 30 000, Nottinghamshire mit 18 000, Schottland mit 70 000, Cumberland mit 3000, Bristol mit 2500, Somerset mit 35 000 und Cleveland mit 6000, zusammen 333 162 Mitgliedern. Da die Verhandlungen nicht öffentlich waren, so konnte man über die Diskussion, die jetzt